THOMAS PFLAUM / VISUM

MATHIAS KROHN / EVENTPRESS

EnBW-Kernkraftwerk in Philippsburg, Lobbyist Bykow: *Unterstützung sogar aus dem Kanzleramt*

AFFÄREN

Andrej und die Detektoren

Die Schlüsselfigur im Skandal um den Energiekonzern EnBW wollte Deutschland nicht nur mit Gas aus Sibirien versorgen, sondern auch mit einem Warnsystem gegen Atomterrorismus.

Andrej Bykow hat ein japanisches Restaurant im Zentrum von Moskau als Treffpunkt vorgeschlagen. „Hier können wir sicher sein, nicht abgehört zu werden“, sagt er. „Das ist in Restaurants bei uns nicht immer der Fall.“

Bykow steht im Zentrum eines Skandals um mehr als 200 Millionen Euro, die der deutsche Stromversorger EnBW für Uran und umstrittene Beratungsleistungen nach Russland überwiesen hat. Die Staatsanwaltschaft Mannheim ermittelt inzwischen wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und Untreue.

Bykow ist eloquent und redselig. Stunden kann er über seine Jahre in Deutschland und die erstaunlichen Erlebnisse bei EnBW erzählen: Wie ihn der erste Chef des Karlsruher Konzerns, der knorrige Gerhard Goll, zunächst vom Geheimdienst überprüfen ließ und ihm anschließend zu einem gepanzerten Mercedes verhalf. Von Golls Nachfolger Utz Claassen, dem in der russischen Botschaft der Orden des heiligen Nikolaus verliehen wurde. Oder über den jetzigen EnBW-Chef Hans-Peter Villis, der seit geraumer Zeit versucht, die Geschäfte des Russen und seiner eigenen Vorgänger zu verstehen und dabei von einem Desaster ins nächste schlittert.

Manchmal lacht Bykow dann vor Freude wie ein Kind. Nur bei einem Thema wird der Russe ungewöhnlich still: der Bekämpfung des internationalen Atomterrorismus. „Das ist“, sagt er ernst, „höchst sensibel.“ Die Sicherheit der ganzen Welt stehe auf dem Spiel.

Dabei hätte der Moskauer Geschäftsmann nicht wenig zum Thema beizutragen. Das zumindest legen die inzwischen äußerst umfangreichen Untersuchungsunterlagen bei EnBW nahe.

Demnach wollte Bykow – offenbar mit höchster politischer Unterstützung aus Russland und der damaligen Bundesregierung unter Gerhard Schröder (SPD) – sogar ein Nuklearterror-Abwehrsystem entwickeln: bezahlt mit deutschen Millionen, ausgerüstet mit russischer Sicherheitstechnik und weltweit vermarktet.

Damit wird die Affäre um EnBW und den russischen Lobbyisten Bykow noch ein Stück skurriler. Seit Monaten bereits durchkämmen von EnBW-Chef Villis beauftragte Prüfer und Anwälte den Konzern, um Licht in die Affäre zu bringen.

Eigentlich geht es um 34 Verträge im Wert von mehr als 200 Millionen Euro für Uranlieferungen und Beratungen beim Rückbau von Kernkraftwerken. EnBW wirft Bykow vor, vier der Verträge nicht erfüllt zu haben, konnte sich aber in zwei von drei Schiedsgerichtsverfahren nicht mit ihren Ansprüchen durchsetzen.

Bykow hingegen behauptet, EnBW habe mit den strittigen Verträgen den eigentlichen Zweck der Zahlungen an ihn verschleiern wollen: die Anbahnung des EnBW-Einstiegs ins Geschäft mit Gas aus Sibirien. Das habe der damalige EnBW-Großaktionär, der französische Energieriese EDF, hintertrieben, um eigenen Atomstrom nach Deutschland zu liefern.

Bykow betont, große Teile des Geldes mit „Wissen von EnBW zur Landschaftspflege in Russland“ genutzt zu haben – für Kirchen, Denkmäler und Schachschulen, um bei Politikern und Entscheidungsträgern ein freundliches Klima für den Gas-Deal zu schaffen. EnBW und alle beteiligten Manager bestreiten das.

Seine Version kann der Russe jedoch mit etlichen Dokumenten unterfüttern (SPIEGEL 27/2012). So interessiert sich mittlerweile nicht nur ein Untersuchungsausschuss im Landtag von Baden-Württemberg für den Fall. Das Gremium war eingesetzt worden, um den überteuerten Ankauf der französischen EnBW-Anteile durch Ex-Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) zu prüfen.

Auch die Mannheimer Staatsanwaltschaft hat inzwischen Dokumente, Akten und Untersuchungsberichte angefordert. Darin finden sich Hinweise, dass Bykow bei EnBW nicht nur mit der Beschaffung von Uran und der Anbahnung von Gasverträgen beschäftigt war: Ausgerechnet der eher regional ausgerichtete Stromversorger machte sich Anfang 2005 ernsthafte Hoffnungen, die Welt mit einem ausgeklügelten Atomterror-Abwehrsystem zu beglücken und ganz nebenbei einen lukrativen Milliardenmarkt zu erschließen.

Der Mann hinter der Idee war offenbar Bykow. Der Russe ist so gut vernetzt, dass sogar das Kanzleramt unter Regierungschef Gerhard Schröder auf den damaligen EnBW-Vorstandsvorsitzenden Claassen zukam: Meldungen über Schmuggel von radioaktiven Materialien nehme man ernst, ließt man Claassen wissen. An einem System zur Gefahrenabwehr, entwickelt mit deutschen Firmen wie Siemens, Telekom und Daimler, sei man interessiert.

Weil Claassen es als Auszeichnung empfand, bei einem derart wichtigen Projekt dabei zu sein, zögerte EnBW nicht lange. Die Karlsruher statteten Bykow mit 12 Millionen Euro aus, bezahlten im Voraus und stellten kaum Bedingungen.

Zur steuerlichen Optimierung der erwarteten Milliardenerlöse wurde in der Schweiz im Oktober 2005 eine kleine Firma mit dem Namen Easy Toll Systems SA gegründet. Inhaber war neben Bykow eine EnBW-Tochter, vertreten durch zwei hochrangige Manager.

Konkret sahen die Pläne des Russen vor, das deutsche Maut-System Toll Collect mit russischen Hightech-Detektoren auszustatten. Easy Toll versuchte fortan, Politiker und Investoren für das System zu begeistern.

Rund um Atomanlagen, um Städte oder an Grenzen, so der Plan, könnten die mit Sensoren ausgestatteten Maut-Schranken aufgebaut werden und Schutz gegen Atomterrorismus bieten. Anlass zur Sorge gab es hinreichend.

Insbesondere in den neunziger Jahren waren russische Atomanlagen nur unzureichend gegen Diebstahl gesichert. Im Jahr 1992 etwa verschwanden 15 Kilogramm Uran aus einer Atom-U-Boot-Werft nahe der Hafenstadt Murmansk. Noch zu Beginn des Jahrtausends, so Bykow, wurde „an den russischen Grenzen jährlich rund 500-mal Atomalarm ausgelöst“. Auch heute sei die Gefahr nicht gebannt. Oft gehe es um harmlose Dinge wie medizinisches Gerät. „Manchmal aber ist es ernst“, behauptet er.

Im vergangenen Dezember beispielsweise entdeckte ein Nuklear-Scanner am Moskauer Flughafen Scheremetjewo einen Iraner, der in seinem Koffer 18 Metallzylinder mit radioaktivem Material nach Teheran schmuggeln wollte.

Gebaut werden die Detektoren von der Firma Aspekt. Sie residiert 110 Kilometer nördlich von Moskau in der Stadt Dubna auf dem Gelände einer Atomanlage mit rostigen Stahlträgern und löchrigen Mauern. Die Sensoren der Hightech-Firma aber sind begehrt. Auf größere Entfernung können sie kleine Mengen radioaktives Material aufspüren – auch in Zügen und Autos.

Kombiniert mit dem deutschen Maut-System, das Fahrzeuge identifiziert und Informationen sekundenschnell an jede Leitstelle übermittelt, wären die Scanner ein ideales Kontrollinstrument.

Alle Hoffnungen aber, in deutsch-russischer Kooperation einen internationalen Milliardenmarkt zu erobern, zerschlugen sich. Trotz höchster politischer Unterstützung blieben die Maut-Konstrukteure Daimler und Telekom skeptisch.

Zwar habe es in der „Nähe von St. Petersburg einige Versuche gegeben, Maut-Brücken mit russischen Sensoren zu bestücken“, erinnert man sich in der zuständige Fachabteilung der Telekom. Siemens bestätigt, wenige Kontakte zu dem Lobbyisten gehabt zu haben. Auch der damalige Kanzleramtschef und heutige SPD-Fraktionsvorsitzende, Frank-Walter Steinmeier, erinnert sich an das Interesse der Russen, deutsche Maut-Technik zur Abwehr von Atomterror einzusetzen. Allerdings sei das Projekt nicht weiter verfolgt worden.

Bykow hingegen ließ sich nicht beirren. Obwohl sein Mandat laut EnBW daran geknüpft war, dass andere deutsche Konzerne bei der Entwicklung des Überwachungssystems mit an Bord sind, machte der Russe unverdrossen weiter.

Um dem System zum Durchbruch zu verhelfen, trat er 2008 sogar als Experte bei den Vereinten Nationen in New York auf, als dort über Nuklearschmuggel diskutiert wurde. Seine Geschäftspartner bei EnBW drängte er, mit nach Amerika zu fahren.

Schließlich verlor Claassens Nachfolger Villis die Geduld. Ohne greifbare Ergebnisse und ohne Partner in der deutschen Industrie wollte der Konzern nicht weiter an dem Terror-Abwehrsystem basteln.

Bykows zwölf Millionen Euro wurden zunächst abgeschrieben, die Schweizer Easy Toll wurde 2009 aufgelöst. Bykow selbst war zu diesem Zeitpunkt und unbemerkt von EnBW schon lange als Geschäftsführer bei Aspekt unter Vertrag – just jener Firma, die ursprünglich die Detektoren für das Maut-System liefern sollte.

Das geplatzte Deutschland-Geschäft dürfte den Russen nicht lange geärgert habe. Denn in seiner Heimat liefen die Geschäfte der Bykow-Firma blendend. „Mehr als 80 Prozent der Grenzübergänge“, heißt es auf der Homepage der Firma, sind mit Nukleardetektoren von Aspekt ausgestattet.

Frank Dohmen, Matthias Schepp, Andreas Wassermann